Landtag aktuell

1. Juli 2010

Sitzung des NÖ Landtages

Landtagsdirektor Lengheimer verabschiedet

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zunächst erfolgte die **Angelobung** des neuen Landtagsabgeordneten Christian Hafenecker, der in den Reihen der FP NÖ dem Abgeordneten Karl Schwab nachfolgt.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) dankte Karl Schwab im Namen des Landtages für die kollegiale Zusammenarbeit. Schwab war von 1989 bis 1992 Mitglied des Bundesrates, von 1992 bis 1993 Abgeordneter zum NÖ Landtag und von 1993 bis 1995 übte er erneut ein Mandat im Bundesrat aus. Im April 2008 war er wieder in den NÖ Landtag eingezogen.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) informierte weiters darüber, dass Landtagsdirektor DDr. Karl Lengheimer zum letzten Mal als Landtagsdirektor an einer Sitzung teilnehme. Lengheimer habe 1970 als Verwaltungsjurist begonnen und sei nach Stationen in der Gemeindeabteilung und im Landtagsklub der VP NÖ 2002 Landtagsdirektor geworden. Er sei nicht nur ein exzellenter Jurist, sondern zeichne sich auch durch einen messerscharfen Verstand sowie eine gewissenhafte und bedachte Arbeitsweise aus. Sein reiches Lebenswerk umfasse eine unglaubliche Fülle von Leistungen auf den unterschiedlichsten Gebieten. So sei Lengheimer nicht nur Bezirksvorsteher im 4. Wiener Gemeindebezirk gewesen, sondern im Rahmen seiner Mitarbeit im Österreich-Konvent auch „ein überzeugter Kämpfer für die Länderinteressen sowie ein Vordenker für einen gelebten Föderalismus“. Penz hob auch das christliche Menschenbild Lengheimers hervor, denn politisches und gesellschaftliches Handeln brauche einen „ethischen Kompass“.

Es folgte eine **Aktuelle Stunde** zum Thema **„Oben sparen statt uns besteuern – Wende statt Gebühren ohne Ende!“**.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sagte, dass in vielen Gemeinden der Haushaltsausgleich nicht mehr erfolgen könne. In der Vergangenheit hätten viele Gemeinden über ihre Verhältnisse Finanz- und Wirtschaftspolitik betrieben. Das Platzen der Finanzblase habe Bund, Länder und Gemeinden in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Der Finanz- und Wirtschaftsabschwung führe zu einem massiven Rückgang bei den Einnahmen. Das Land stecke in einer Schuldenklemme und sei gefordert, im Sinne des Schuldenabbaues tätig zu werden.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) meinte, die Massen zu besteuern sei das schlechteste was man machen könne. Es sei „Zeit für Gerechtigkeit“ und eine faire Verteilung der Steuerlast. Die Sozialdemokraten würden sich daher für eine Bankenabgabe, einen Finanztransaktionssteuer sowie eine Vermögenszuwachssteuer aussprechen. Seine Fraktion wolle nicht, dass aus der Wirtschaftskrise eine Sozialkrise werde.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) kritisierte, dass die FP NÖ „bis heute nicht in der Regierung angekommen“ sei. Sie warf der FP NÖ vor, „eine populistische Partei“ zu sein.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) betonte, die FP sei immer auf der Seite jener, die belastet werden. Er sprach sich gegen neuerliche Belastungen aus, denn dieser Landtag bringe „eine Gebührenerhöhungswelle“. Als wesentliche Verschlechterungen hob Waldhäusl die geplante Erhöhung von Wasserpreis, Abwasserentsorgung, Müllentsorgung sowie höhere Gemeindeabgaben und weniger Förderungen hervor. Zudem werde die im Landtag beschlossene Erhöhung der Gemeindeabgaben jährlich Mehrkosten von über 1.000 Euro pro Familie bedeuten. Parallel dazu habe es im letzten Jahr für die Bürgermeister und Gemeinderäte eine Gehaltserhöhung von fast 30 Prozent gegeben.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) meinte, die 573 Bürgermeister in Niederösterreich stehen für Qualität bzw. Leistungsbereitschaft, und die Jobanforderung habe sich in den letzten Jahren vom Verwalter hin zum Manager gewandelt. Die Turbulenzen auf internationaler Ebene seien aber auch an den Gemeindenfinanzen nicht spurlos vorübergegangen. Dazu hätten die niederösterreichischen Gemeinden die letzte Steuerreform auf Bundesebene mitgetragen und würden nach wie vor viele soziale Leistungen für die Bürger erbringen. Beispielsweise seien innerhalb der letzten Jahre viele Kindergärten und Kindergartengruppen sowie über 1.000 neue Arbeitsplätze für Pädagoginnen geschaffen worden.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtung und behauptete, eine Gemeinde aus dem Bezirk Zwettl zu kennen, die ohne Gemeinderatsbeschluss die Bezüge des Bürgermeisters und der Gemeinderäte angehoben habe.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) sagte, man dürfe bei der Diskussion über die Kommunen nicht mit falschen Zahlen agieren und damit die Bürger verunsichern. Schwerpunkte bei den zusätzlichen Aufgaben auf Gemeindeebene in den letzten Jahren seien der Ausbau der Altenpflege, aber auch Verwaltungsdienstleistungen, die bisher nicht finanziell abgegolten werden. Laut einer OGM- bzw. GfK-Umfrage seien die Bürger mit den Dienstleistungen der Verwaltung auf Gemeindeebene am zufriedensten. Damit in Zukunft Bürgermeister und Gemeinderäte nicht per Inserat gesucht werden müssen, wie dies beispielsweise in Salzburg der Fall gewesen sei, habe sich das Land Niederösterreich im letzten Jahr entschlossen, eine entsprechende Gehaltsanpassung bei den Gemeindevertretern durchzuführen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) erklärte, Niederösterreich und seine Bürger hätten sich das geplante Belastungspaket nicht verdient, da es genug Einsparungsmöglichkeiten auf Landes- und Gemeindeebene gebe, wie beispielsweise die viel zu hohen Repräsentationskosten. Als wesentliche Kritikpunkte sprach er die Erhöhung der Aufschließungsabgabe und die Verteuerungen bei Essen auf Rädern an.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) erklärte, 90 Prozent der Schulden des Staates Österreich weise der Bund auf, nur 10 Prozent der Gesamtschulden würden auf die Länder und Gemeinden entfallen. Im Zuge der Veranlagung der NÖ Wohnbaugelder seien bisher 1,2 Milliarden Euro ins Landesbudget geflossen.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung des NÖ Seuchenvorsorgeabgabegesetzes** (Berichterstatter: Abgeordneter Jürgen M a i e r , VP)
- **Änderung des NÖ Feuerwehrgesetzes** (NÖ FG) (Berichterstatter: Abgeordneter Jürgen M a i e r , VP)
- **Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes 2005 (NÖ WFG 2005)** (Berichterstatter: Abgeordneter Jürgen M a i e r , VP)
- **Erlassung eines NÖ Tourismusgesetzes 2010** (Berichterstatter: Abgeordneter Jürgen M a i e r , VP)

- **Änderung des NÖ Gebrauchsabgabegesetzes 1973** (Berichterstatter: Abgeordneter Günter K r a f t , SP)
- **Aufhebung des NÖ Lustbarkeitsabgabegesetzes** (Berichterstatter: Abgeordneter Günter K r a f t , SP)
- **Änderung des NÖ Kurzparkzonenabgabegesetzes** (Berichterstatter: Abgeordneter Günter K r a f t , SP)
- **Änderung des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978** (Berichterstatter: Abgeordneter Günter K r a f t , SP)

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) eröffnete die Debatte. Die Grünen hätten sich bereits 2006 zur NÖ Seuchenvorsorgeabgabe bekannt. In Bezug auf die Änderung des Feuerwehrgesetzes in Richtung hoheitliche Aufgaben wäre eine Kontrolle notwendig. Das Wohnbauförderungsgesetz werde abgelehnt. Das NÖ Tourismusgesetz sei zu spät vorgelegt worden. Dem Gebrauchsabgabegesetz und der Aufhebung des Lustbarkeitsabgabegesetzes werde zugestimmt, ebenso der Änderung des Gemeindewasserleitungsgesetzes.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sagte, die Lustbarkeitsabgabe gehöre nicht nur in Teilbereichen gestrichen. Die Gebrauchsabgabe beinhalte mögliche Beitragserhöhungen für Gemeinden.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) sprach von einer Weichenstellung durch dieses Kommunalpaket. Das Seuchenvorsorgeabgabegesetz bringe etwa eine deutliche Verwaltungsvereinfachung, gleiches gelte für das Feuerwehrgesetz. Es gehe um moderate Anpassungen. Das neue Tourismusgesetz zeige, dass Niederösterreich heute keinen Vergleich zu scheuen brauche. Die Lustbarkeitsabgabe mache in 500 Gemeinden mehr Aufwand als Ertrag. Das Gemeindewasserleitungsgesetz sei jetzt deutlich gerechter geworden.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) bezog sich auf die Einführung der Kurparkzonenabgabe. Es brauche ein Gesamtkonzept, um den motorisierten Individualverkehr aus den Städten herauszubekommen. Die Zonierung in Graz etwa sei ein Vorzeigeprojekt. Zudem sollte die Gebühr zweckgebunden für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs verwendet werden. Ein **Abänderungsantrag** gemeinsam mit der Abgeordneten Krismer-Huber fordert eine Erhöhung der Gebühr auf zwei Euro.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) betonte, es gehe auch darum, finanzschwächeren Gemeinden entsprechende Hilfestellung zu geben sowie der Wirtschaft und den Vereinen entgegenzukommen. Die Gemeinden wüssten am besten, wie Steuerungselemente

am effizientesten einzusetzen seien. Die Teilprivatisierung im Rahmen des Feuerwehrgesetzes bringe eine deutliche Vereinfachung und schlankere Gestaltung.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sprach von einer „Abzocke der AutofahrerInnen“.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) hielt fest, dass in Städten wie Krems die Verkehrssituation oft sehr prekär sei und man regelnd eingreifen müsse. Es gehe nicht um Abzocke, sondern darum, dass die Bevölkerung ihre Aus- und Einfahrten benutzen könne.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) ging auf die Bereitstellungsgebühr Wasser, die Gebrauchsabgabe sowie die grünen Parkzonen ein und meinte, dass am Ende in jedem Fall die Bürgerinnen und Bürger mehr zu bezahlen hätten und die Gemeinden sich auf diesem Wege ihre Budgets sanieren würden.

Die Änderung des NÖ Seuchenvorsorgeabgabegesetzes wurde mit den Stimmen von SP, VP und Grünen angenommen, die Änderung des NÖ Feuerwehrgesetzes (NÖ FG) wurde mit den Stimmen von SP und VP angenommen, die Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes 2005 (NÖ WFG 2005) wurde mit den Stimmen von SP und VP angenommen, die Erlassung eines NÖ Tourismusgesetzes 2010 wurde mit den Stimmen von SP und VP angenommen, die Änderung des NÖ Gebrauchsabgabegesetzes 1973 sowie die Aufhebung des NÖ Lustbarkeitsabgabegesetzes wurden mit den Stimmen von SP, VP und den Grünen angenommen. Der von den Abgeordneten Enzinger und Krismer-Huber eingebrachter Änderungsantrag (Kurzparkzonenabgabegesetz) fand die Unterstützung von SP, VP und Grünen und wurde somit angenommen. Die Änderung des NÖ Kurzparkzonenabgabegesetzes wurde in der Folge mit den Stimmen von VP, SP und Grünen angenommen. Die Änderung des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 wurde ebenso mit den Stimmen von VP, SP und Grünen angenommen.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden (Markterhebung Enzersfeld im Weinviertel, Gemeinde Traunstein, Namensänderung)**.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) gratulierte den beiden genannten Gemeinden, die alle für eine solche Änderung notwendigen Kriterien erfüllt hätten.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) stellte die beiden Gemeinden mit wenigen Worten vor und gratulierte ebenso zur jeweiligen Namensänderung.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) erläuterte die Geschichte von Enzersfeld und meinte, dass dieser Ort sich den Titel Marktgemeinde verdient hätte. Die Umbenennung von Traunstein in Bad Traunstein sei eine Aufwertung der gesamten Region.
Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) betonte, dass Traunstein sich über die Gemeindegrenzen hinaus einen Namen gemacht hätte und ging auf einige Charakteristika des Ortes ein. Mit dem neuen Namen werde die Bedeutung der Gemeinde noch steigen.
Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) sprach von einem erfreulichen Anlass und gab einen historischen Rückblick auf Enzersfeld. Es handle sich um eine Zuzugsgemeinde, die durch starke Frequentierung auf Grund touristischer und wirtschaftlicher Einrichtungen eine überregionale Bedeutung habe. Auch Bad Traunstein gratulierte er zur Namensänderung.
Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
Die folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes** (Berichterstatterin: Abgeordnete Ingeborg R i n k e , VP)
- **Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes** (Berichterstatterin: Abgeordnete Ingeborg R i n k e , VP)
- **Änderung des NÖ Schulzeitgesetz 1978** (Berichterstatterin: Abgeordnete Ingeborg R i n k e , VP)

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) erklärte, die Änderung des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes sei kein „Meilenstein für die Schulverwaltungsreform“ in Niederösterreich. Die Unterrichtszeit und die Pausenzeit in den Schulen individuell festzulegen, müsse eine Selbstverständlichkeit sein und dürfe nicht davon abhängen, ob an der Schule gerade ein Schulversuch läuft. Auch der Vorschlag, dass in Zukunft neben pragmatisierten Lehrern auch Vertragslehrer für einen Leiterposten an der Schule in Frage kommen, müsse eine Selbstverständlichkeit sein. Generell sei das so genannte Anhörungsverfahren bei Leiterbestellungen sowie die Reihung der verschiedenen Kandidaten zu objektivieren.
Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, über die Bildungsreform werde zwar seit Jahren diskutiert, die dringend notwendigen Schritte seien bisher aber noch nicht gesetzt worden. Unüberlegte Experimente beim Bildungswesen auf dem Rücken der Kinder seien abzulehnen. Die Zusammensetzung der Bewertungskommission und das Parteibuch dürften bei einem objektiven Verfahren keine Rolle spielen.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) sagte, die vorliegende Reform betreffend des Schulzeitgesetzes sei ein „kleiner Schritt in die richtige Richtung“. Die Verschiebung von Kompetenzen weg von den Landes- und Bezirksschulräten hin zu den Schulleitern würden aber auch eine administrative Mehrbelastung für die Direktoren bedeuten. Generell sei das Verfahren zur Leiterbestellung in Schulen zu straffen bzw. zu kürzen und neu zu objektivieren.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) erklärte, Gemeinderäte und Bürgermeister hätten bei Leiterbestellungen in Schulen kein Mitspracherecht. Bei der Lehrerkommission zur Bestimmung der Direktoren gebe es klare Richtlinien, die schon seit Jahren eine objektive Reihung der Kandidaten ermöglicht. Das NÖ Schulmodell nun zu evaluieren führe zu Verwaltungsvereinfachungen und mehr Zweckmäßigkeit bzw. Sparsamkeit im Bildungswesen. Niederösterreich nehme mit dieser Novelle eine Vorreiterrolle in Österreich ein, wie bereits bei der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl oder bei der Schaffung von Bildungsregionen.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtung und meinte, die dritte Entscheidungsebene bei der Besetzung von Leiterposten in Schulen sei nicht mehr notwendig.

Die Änderung des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes und die Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes wurden mit den Stimmen von VP, SP und FP angenommen. Die Änderung des NÖ Schulzeitgesetzes 1978 wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) referierte über den Bericht der Landesregierung betreffend **Tätigkeitsberichte des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds und der NÖ Landeskliniken-Holding für das Jahr 2009**.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) bezeichnete den Tätigkeitsbericht als sehr übersichtlich und gut strukturiert. Als wesentliche Schwerpunkte sprach sie die Projekte zur Gesundheitsreform wie die integrierte Hospiz- und Palliativversorgung, die neue kardiologische Versorgung in Krems, das verbesserte Entlassungsmanagement bei den NÖ Krankenhäusern sowie die neue onkologische Versorgung der Krebspatienten an. Zudem sollen der ambulante Leistungskatalog und die elektronischen Gesundheitsakte die Gesundheitsreform in Niederösterreich abrunden.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sprach von sichtbaren positiven Effekten seit Zusammenlegung der NÖ Landeskliniken. Im Bezug auf den NÖGUS sollte man sich auf die Aufgaben der Gesundheitsvorsorge konzentrieren. Er forderte eine getrennte Abstimmung.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) meinte, die NÖGUS-Anschuldigungen seines Vorredners könne er nicht nachvollziehen. Der Tätigkeitsbericht 2009 der Landeskliniken zeige, dass Niederösterreich am besten Weg sei, eine Gesundheitsmusterregion zu werden.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) betonte, oberstes Ziel der NÖ Gesundheitspolitik sei es, die Gesundheitserwartung mit der Lebenserwartung gleichzusetzen. In Zukunft gehe es darum, die klinische Versorgung effizienter zu gestalten und die Synergieeffekte zu verstärken.

Bei der folgenden Abstimmung wurde der NÖGUS-Bericht mit der Mehrheit von VP und SP und jener der Landesklinikenholding mit der Mehrheit von VP,SP und FP zur Kenntnis genommen.

Die nächsten Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2009 (Berichterstatter: Abgeordneter Helmut D o p p l e r , VP)
- NÖ Gemeindeförderungsbericht 2009 (Berichterstatter: Abgeordneter Hermann H a u e r , VP)
- Bericht über die Landesentwicklung sowie über die Tätigkeit der NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH 2009/2010 (Berichterstatter: Abgeordneter Helmut D o p p l e r , (VP)
- Bericht der Landesregierung betreffend Leasingverbindlichkeiten und Schuldeinlösungen (Sonderfinanzierungsmodell Forderungskauf) des Landes sowie Darlehensaufnahmen der verschiedenen Fonds 2009. Berichterstatter: Abgeordneter Hermann H a u e r , VP)
- EU-Bericht 2009 - Bericht über die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes für das Jahr 2009 (Berichterstatter: Abgeordneter Helmut D o p p l e r , (VP)

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) eröffnete die Debatte: Der Rechnungsabschluss 2009 zeige eine Ausgabenüberschreitung von 370 Millionen Euro. Die SP habe seinerzeit Recht gehabt, zusätzliche Mittel im Sozialbereich zu verlangen. Im Bereich Gesundheit seien zweckgebundene NÖGUS-Mitteln für den Bereich Soziales verwendet worden. Der Bereich Landwirtschaft zeige, dass keine andere Institution mit so hohen Mitteln aus dem Budget unterstützt werde wie die Landwirtschaftskammer.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) bezog sich auf den Wasserwirtschaftsfonds und seine Maßnahmen, die Kommunen bestands- und wirtschaftsfähig zu erhalten.

Die Verwaltung sei gut beraten, bei sich selbst beispielgebend zu sparen. Dem Rechnungsabschluss könne seine Fraktion nicht zustimmen. Er merkte an, dass die Verwaltungsreform im Sinne der Bürger zu sehen sei. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Durchführung der längst angekündigten Verwaltungsreform ein.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) meinte, dass Niederösterreich etwa im Kindergarten- und Pflegebereich viel investiert habe, man aber die Gemeinden nicht im Regen stehen lassen dürfe – man müsse sich Maßnahmen und strukturelle Veränderungen überlegen. Die Gemeinden hätten den Stabilitätspakt miterfüllt.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) widmete sich den finanziellen Auswirkungen des EU-Beitritts 2009 und vertrat die Meinung, dass Niederösterreich sich die 97 Millionen Euro, die man an die EU gezahlt habe, auf Dauer nicht werde leisten können. Seitens der EU würde zu wenig Geld in die Beschäftigungssicherheit fließen, die BürgerInnen würden nicht von den Rückflüssen der Gelder profitieren. Zudem maße sich Europa zu viele Zuständigkeiten an.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) ging auf das Rechnungswesen und die Finanzpolitik ein und meinte, dass die Finanzschulen sich nicht auf 12 Milliarden, sondern nur auf 3,2 Milliarden Euro belaufen würden. Außerdem sei Niederösterreich mit AAA ausgezeichnet worden. Dadurch werde bewiesen, dass hier umsichtige Finanzpolitik gemacht werde. Die Investitionen des Landes hätten bewirkt, dass die Konjunktur sich langsam aber stetig erhole. Man habe mit einem drastischen Konjunkturrückgang zu kämpfen gehabt – dennoch werde dem Land ein Konjunkturaufschwung von 2 Prozent vorausgesagt. Gemeinsam mit Abgeordnetem Leichtfried brachte sie einen Antrag betreffend Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im öffentlichen Beschaffungswesen ein.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) widmete sich dem Bericht zur Entwicklung der Landeshauptstadt St. Pölten und bezeichnete diesen als „herzeigbar“. Die Stadt strahle immer mehr auf ihr Umland aus und verzeichne steigende Lebensqualität und -erwartung sowie erhöhte Mobilität und sei eine „Stadt zum Leben“ für alle Generationen. Positiv erwähnte sie die Fachhochschule, die neue HNO-Ambulanz sowie die Bereiche Kunst und Kultur, Tourismus, Infrastruktur und Umwelt. Bei einem großen Klimaschutzwettbewerb sei St. Pölten siegreich gewesen, auch in den Bereichen Wirtschaft und Sport erziele man hervorragende Leistungen.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) betonte, dass ihre Fraktion dem Budget 2009 nicht zugestimmt habe und daher auch den Rechnungsabschluss nicht zu-

stimmen werde. Dem Gemeindeförderungsbericht wolle man jedoch die Zustimmung erteilen. Zum Bericht über die Leasingverbindlichkeiten hielt sie fest, dass dieser zu wenig substanziell sei. Dem EU-Bericht werde ihre Fraktion zustimmen.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) erinnerte daran, dass vor einer Woche der 15. Jahrestag des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union gefeiert wurde. Der Beitritt zur Europäischen Union habe sich für Niederösterreich zu einer wahren Erfolgsstory entwickelt, verwies er auf Projekte wie die Therme Laa oder das Solefelsenbad Gmünd. 228 Millionen Euro seien von Niederösterreich nach Brüssel geflossen, 652 Millionen Euro seien zurückgekommen. Niederösterreich sei ein eindeutiger Gewinner, denn ein Euro nach Brüssel bedeute drei Euro nach Niederösterreich.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) sagte zum EU-Bericht, jeder Euro nach Brüssel bringe ein Vielfaches an Wertschöpfung. Zum Gemeindeförderungsbericht hielt er fest, dass es wichtig sei, dass der Wirtschaftsmotor Gemeinde auch in den nächsten Jahren nicht ins Stottern komme. Zum Bericht über die Tätigkeit der Landesbeteiligungsholding betonte er, dass diese äußerst positiv arbeite. Dem Resolutionsantrag des Abgeordneten Sulzberger werde man keine Zustimmung geben.

Der Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2009 wurde mit Mehrheit angenommen, der Resolutionsantrag des Abgeordneten Sulzberger (Verwaltungsreform) wurde abgelehnt, der Resolutionsantrag Adensamer/Leichtfried (Kinderarbeit) wurde einstimmig angenommen. Der NÖ Gemeindeförderungsbericht 2009 wurde einstimmig angenommen, der Bericht über die Landesentwicklung sowie über die Tätigkeit der NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH 2009/2010 wurde mit Mehrheit angenommen, ebenso der Bericht der Landesregierung betreffend Leasingverbindlichkeiten und Schuldeinlösungen (Sonderfinanzierungsmodell Forderungskauf) des Landes sowie Darlehensaufnahmen der verschiedenen Fonds 2009 und der EU-Bericht 2009.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landespflegeheim Litschau, Neubau**.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) bezeichnete dieses Projekt als einen weiteren wichtigen Schritt für die Versorgung im Waldviertel sowie als eine positive Investition für die Region, der man gerne zustimmen werde.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) zeigte sich sehr erfreut, dass mit dem Neubau die Pflege in einer sehr guten Qualität sichergestellt werde. Die Teilhabe der älteren Generation am Gemeinschaftsleben sei besonders wichtig. Mit dem Neubau in Litschau investiere man in ein Zukunftsthema.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) meinte, mit der Fertigstellung im Mai 2012 sei die Voraussetzung für gute Betreuung und Pflege geschaffen. Mit dem Bau setze man auch ein sichtbares Zeichen für die soziale Modellregion Niederösterreich.
Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Schul- und Biosphärenparkzentrum Tullnerbach, Genehmigung Bauvorhaben**.
Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) vertrat die Ansicht, dass die Übersiedlung nicht zielführend sei. Ihre Fraktion werde daher dem Antrag nicht die Zustimmung erteilen.
Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) skizzierte das Projekt, das unter anderem eine neunklassige Volksschule sowie Büroräumlichkeiten für das Biosphärenparkmanagement umfasse.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) meinte, das Bauvorhaben in Tullnerbach betreffe einen traditionellen Schulstandort der Landwirtschaftlichen Fachschulen in Niederösterreich. Internat, Volksschule, Seminarzentrum und Biosphärenparkzentrum Tullnerbach würden bei diesem Bauprojekt eine gute Symbiose bilden. Der Biosphärenpark Wienerwald sei „die grüne Lunge von Wien“ und der Erhalt des Wienerwaldes für einen florierenden Tagestourismus besonders wichtig.
Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) erklärte, das Norbertinum Tullnerbach sei ein ungeschliffener Diamant, werde nun zeitgemäß renoviert und gleichzeitig ein Besucher- und Biosphärenparkzentrum errichtet. Besonders für Jugendliche würde dort mit einer Volksschule und einem Seminarzentrum ein kleines Paradies geschaffen.
Die Vorlage der Landesregierung betreffend Schul- und Biosphärenparkzentrum Tullnerbach wurde mit den Stimmen von VP, SP und FP angenommen.
Abgeordneter Karl B a d e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landesklinikum St. Pölten, 2. Bauabschnitt – 2. Bauetappe, Neubau Versorgungseinheit und Zu- und Umbau Organisationszentrum (Baulos 6)**.
Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, der Neubau der Versorgungseinheit verursache Kosten in der Höhe von 64 Millionen Euro und sei notwendig, um die Versorgung der Bevölkerung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. In diesem Zusammenhang komme es auch zu Anpassungen bei der Spitalsinfrastruktur. Der Gesundheitsbetrieb im Klinikum bleibe während der Bauarbeiten aufrecht.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) betonte, die neue zentrale Versorgungseinheit beinhalte u. a. Lager, Wareneingang, Versand und Verwaltungsräumlichkeiten. Die neue Versorgungseinheit werde errichtet, um u. a. die Krankenhäuser in St. Pölten, Melk, Scheibbs bzw. die Kliniken im Mostviertel mit medizinischen Waren und Geräten zu beliefern. Dieses Modell sei viel günstiger, als bei jedem kleinen Krankenhaus eine eigene Versorgungseinheit zu errichten.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) sagte, mit dem Neubau der Versorgungseinheit in St. Pölten werde die Modernisierung des größten Landesklinikums in Niederösterreich zielgerichtet vorangetrieben. Dieses Projekt sei ein Meilenstein und biete die Möglichkeit, in Niederösterreich internationale Spitzenmedizin zu leistbaren Preisen für die Bürger anzubieten sowie neue Arbeitsplätze zu schaffen. Damit werde die Logistik im Landesklinikum St. Pölten neu organisiert und zusätzlicher Raum für die Chirurgie geschaffen. Die Vorlage der Landesregierung betreffend Landesklinikum St. Pölten, 2. Bauabschnitt – 2. Bauetappe, Neubau, Versorgungseinheit und Zu- und Umbau Organisationszentrum wurde mit den Stimmen von VP, SP, FP und Grünen einstimmig angenommen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) berichtete zum Antrag der Abgeordneten Ing. Huber u. a. betreffend **Verlängerung der Übergangsfristen beim Nichtraucherschutz**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, das vorliegende Gesetz betreffend Verlängerung der Übergangsfristen beim Nichtraucherschutz sei sehr schwer zu administrieren bzw. zu kontrollieren. Besonders die Gastronomie, aber auch die Bürger bräuchten mehr Rechtsicherheit.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) kritisierte, dass das Nichtraucherschutzgesetz zur Vernaderung anrege. Gastronomie und Bürger seien mündig genug, um ihr Lokal unabhängig vom Raucherschutzgesetz zu bewirtschaften. Daher bedürfe es klarere Regelungen für Unternehmer bzw. eine einheitliche Regelung zu diesem Thema in ganz Europa.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) erklärte, das Nichtraucherschutzgesetz sei ein Schritt in die richtige Richtung und verbiete Rauchen in öffentlichen Räumen. Wichtig sei, das Umdenken in der Bevölkerung zu fördern, damit auf Nichtraucher, Passivraucher und Kinder mehr Rücksicht genommen werde.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) meinte, die Betriebe hätten über ein Jahr Zeit gehabt, sich auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen einzustellen. In den

letzten Monaten habe die Wirtschaftskammer die Betriebe ausreichend informiert. Der Antrag auf Ablehnung wurde mit den Stimmen VP, SP und Grüne mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Vergabe-Nachprüfungsgesetzes**.

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **mehr Kontrolle in den Verbänden – alle Bezirks-GVV´s sollen Sitz und Stimme erhalten**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) verlangte mehr Kontrolle in den Gemeindevertreterverbänden. In vielen Gemeindevertreterverbänden sei eine objektive Nachvollziehung der Zahlen nicht mehr möglich. Ziel sei es, die Gebarung der Verbände durch die Gemeinderäte der Mitgliedsgemeinden zu überprüfen.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) sagte, die Gemeindevertreterverbände würden auch durch Experten des Landes Niederösterreich kontrolliert. Generell würden Verbandsobleute kein Gehalt erhalten, jene Obleute, die Investitionen von Millionen Euro zu verantworten haben, sollten auch das Recht auf eine Aufwandsentschädigung erhalten.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) meinte, eine Verbandsgründung könne nur mit einem Gemeinderatsbeschluss legitimiert werden. Damit würden auch Gebühren an Verbände übertragen, die wiederum über spezielles Wissen verfügten. Die Haftung für den Verband trage aber letztlich die Mitgliedsgemeinde.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, die FP sei nicht Schuld, dass sich immer mehr junge Menschen von der Politik abwenden würden.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) replizierte, er habe nur gesagt, es sei immer schwieriger, Menschen für die Arbeit in den Gemeinden zu gewinnen.

Der Antrag, der auf Ablehnung lautet, fand die Mehrheit von VP und SP.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Auskunftsgesetzes**.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) eröffnete die Debatte: Es gehe darum, den Zugang und Nutzen von Geodaten zu vereinfachen. Der Gesamtanteil des Landes werde auf 2,2 Millionen Euro geschätzt.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) sprach von einer sinnvollen Umsetzung einer EU-Richtlinie mit dem Hauptziel, den Zugang zu Geodaten für Bürger und die Verwaltung zu erleichtern.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) sagte, es sei heute unvorstellbar, den Bürgern die entsprechenden Geodaten vorzuenthalten. Wichtig sei, dass die Daten mehrfach genutzt werden können.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Vereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Art. 15a B-VG zur Umsetzung der Richtlinie 2006/32/EG über Endenergieeffizienz**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) eröffnete die Debatte: In Niederösterreich gebe es zwar große Ambitionen, die Rahmenbedingungen seien aber gefüllt mit Maßnahmen, die nur schwer umzusetzen seien. Es gehe sich einfach nicht mehr aus, die Ziele zu erreichen, wenn man nicht endlich konsequent spare.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meinte, es gebe innerhalb der VP noch immer viele, die auf der Bremse stünden. Die österreichische Energiepolitik habe bereits gute Voraussetzungen zur Forcierung der erneuerbaren Energie geschaffen.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) ergänzte, es werde notwendig sein zu erkennen, dass eine energetische Revolution unumgänglich sei. Es werde sich erst in den nächsten Jahren zeigen, ob Niederösterreich seine ambitionierten Ziele erreichen könne.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) sagte, das Land Niederösterreich habe bereits viele klimarelevante Maßnahmen gesetzt. Die 15a-Vereinbarung ermögliche eine Kompetenzordnung. Es stimme ihn bedenklich, dass hier keine politische Einhelligkeit herrsche.

Der Antrag wurde mit Mehrheit von VP und SP angenommen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Marktüberwachung von Bauprodukten**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Die beiden folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht der Landesregierung, betreffend Ergänzung des Tätigkeitsberichtes des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 2008**. (Berichterstatter: Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r , VP)
- **Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 2009**. . (Berichterstatter: Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r , VP)

Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g (VP) eröffnete die Debatte. Der Wunsch des Landtages nach einem Zusatzbericht des UVS sollte die Aussagekraft und Transparenz steigern. Dieser Wunsch sei aber missachtet worden. Ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Mag. Wilfing, Mag. Hackl, Hauer, Dr. Michalitsch, Ing. Schulz und Adensamer lautet daher, den Zusatzbericht nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, es sei ungewöhnlich, einen Bericht nicht zur Kenntnis zu nehmen. Hier gebe es aber gravierende Gründe. Zur Ehrenrettung des UVS wäre aber zu sagen, dass dies nicht der einzige minder informative Bericht sei.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) ging auf die bereits von Abgeordnetem Wilfing am UVS-Bericht geäußerte Kritik ein und merkte an, dass der UVS versuche, die Kritik aus seiner Sicht zu entkräften. Als Kritikpunkte nannte er u. a. mangelnde Transparenz, das Internetportal sowie Dienstfreistellungen. Dies liege, so Königsberger, im Auge des Betrachters. Am Tätigkeitsbericht 2009 kritisierte er den Rückstand bei offenen Akten. Allerdings stehe das U in UVS für Unabhängigkeit und so sollte die Behörde auch unabhängig bleiben.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) sprach von einem Gesinnungswandel der VP, da sie selbst in der Vergangenheit bereits öfter zu diesem Thema gesprochen habe. Ihre Fraktion werde dem Tätigkeitsbericht und dem Ergänzungsbericht die Zustimmung erteilen.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) meinte in Richtung seiner Vorrednerin, dass er den Bericht seit Jahren kritisiert habe. Der UVS habe einen völlig klaren Auftrag: Im Mittelpunkt des Berichtes sollten die Auswirkungen der Tätigkeit des UVS auf die LandesbürgerInnen stehen und der UVS müsse sich auch als Servicestelle sehen. Dieser Servicecharakter ließe allerdings Mängel erkennen: Es werde keine rasche Information darüber geboten, was rechtens sei, Vieles sei nicht nachvollziehbar. Stattdessen würden im Bericht Tätigkeiten wie die Abhaltung von Seminaren, das Besuchen von Tagungen, das Ausüben von Ausbildnertätigkeiten und das Fungieren als Referenten beschrieben. Dies Aufaben würde nicht zu den gesetzlichen Aufgaben gehören. Man müsse auf diese Situ-

ation aufmerksam machen, die im Interesse der Bevölkerung nicht hingenommen werden könne. Der Tätigkeitsbericht 2009 zeige keinerlei Bereitschaft der Behörde, auf die Anliegen des Landtages einzugehen. Man erwarte sich keine gebetsmühlartigen Auflistungen, sondern konkrete Erkenntnisse und Überlegungen, die etwa Hinweise z. B. auf unklare gesetzliche Regelungen oder Verbesserungsvorschläge im Sinne der BürgerInnen bzw. zu Gunsten der rechtssuchenden Bevölkerung zu geben imstande seien.
Der Abänderungsantrag sowie der Tätigkeitsbericht und der Ergänzungsbericht des UVS wurden mit den Stimmen der VP und der Grünen angenommen.
Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) referierte zum Bericht der Landesregierung betreffend **Veröffentlichung von Rohberichten der Rechnungshöfe vor Stellungnahme der Landesregierung**.
Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, dass natürlich zwischen Regierungsmitgliedern, Abgeordneten und wohl auch Journalisten über Berichte gesprochen werde, es sei jedoch nicht in Ordnung, wenn Informationen nach außen dringen. Dies sei „keine würdige Art den NÖ Landtag zu befassen“, ihre Fraktion werde daher der Debatte nicht beiwohnen.
Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) informierte, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde.
Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) sagte, dass seine Fraktion den Bericht nicht zur Kenntnis nehmen werde. Er sprach von „eigenartigen Vorgängen“ und davon, dass hier Vieles nicht zusammenpasse. Die VP sei jedes Mittel recht, um jemanden an den Pranger zu stellen.
Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) sagte, ein Mitglied der NÖ Landesregierung habe bewusst die Amtsverschwiegenheit gebrochen. Landeshauptmann-Stellvertreter Leitner habe die Amtsverschwiegenheit nachweislich verletzt, weil vertrauliche Dokumente durch ihn weitergegeben worden seien. Der Landtag habe eine Resolution beschlossen, in der Aufklärung verlangt werde und dies sei mit dem vorliegenden Bericht geschehen. Aufgabe eines Landesregierungsmitgliedes sei es, sich an die Verfassung zu halten.
Der Bericht wurde mit Mehrheit zur Kenntnis genommen.

Schluss der Sitzung!